

Ortskirchen Europas nicht mehr bestimmend sind. Zum anderen kann die Art und Weise, wie die englischen Bischöfe in der spezifischen Situation ihrer Kirche den Dialog mit dem ganzen

Volk Gottes und seinen Anliegen aufnehmen, auch in anders gelagerten Situationen zur Beachtung und Nachahmung empfohlen werden.

U. R.

Sowjetunion: Wird die religiöse Renaissance zerschlagen?

Mit der Verurteilung des orthodoxen Priesters *Gleb Jakunin* durch ein Moskauer Stadtgericht ist wiederum ein Prozeß ins Licht der Öffentlichkeit gerückt worden, der vor etwa einem Jahr seinen Anfang nahm, aber zumindest in den Medien der Bundesrepublik kaum beachtet wurde: die heftigste Verfolgung von Christen in der Sowjetunion seit Chruschtschow. Es geht dabei um nicht weniger als die Zerschlagung der religiösen Renaissance, die vor etwa 15 Jahren begann und sich in wachsendem Tempo ausbreitet.

Nach Abschluß der Belgrader KSZE-Folgekonferenz, in der bekanntlich die Sowjetunion durchsetzen konnte, daß ihr in der Schlußresolution keine Rüge in Sachen Menschenrechtsverletzungen erteilt wurde, begann man im Lande selbst unverzüglich mit den Verhaftungen von Bürgerrechtlern, vor allem just von jenen, die sich in den sogenannten Helsinkigruppen zusammengeschlossen hatten, um in der Sowjetunion die *Verletzungen der KSZE-Schlußakte* zu dokumentieren. Es gab damals zwar heftige Proteste im gesamten Westen (anders als bei den Verhaftungen von Christen), die die Machthaber im Kreml jedoch nicht davon abschreckten, drakonische Strafen über die Angeklagten zu verhängen. Immerhin wurden auch einige Bürgerrechtler im Laufe der folgenden Monate in den Westen entlassen.

Nachdem die wichtigsten Gruppen der Bürgerrechtler zunächst einmal zerschlagen waren, begann man sich religiöse Gemeinschaften vorzunehmen, die sich am Rande der orthodoxen Kirche in Rußland und der katholischen Kirche in Litauen gebildet hatten. Dabei wurde zuerst gegen das *Orthodoxe Jugendseminar* vorgegangen, das keinerlei Kritik am System

zum Ziele hat, sondern ausschließlich die religiöse Fortbildung. Erst in zweiter Linie gelangte das *Christliche Komitee zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen*, gegründet und bis zu seiner Verhaftung am 1. November 1979 von Gleb Jakunin geleitet, in die Schußlinie. Als am 15. Januar dieses Jahres Pfarrer *Dmitrij Dudko* ebenfalls in das Moskauer Lefortowo-Gefängnis eingeliefert wurde, war die Stoßrichtung klar: unterdrückt werden sollte nicht eine Widerstandsbeziehung gegen den Staat, sondern die religiöse Wiedergeburt in der Sowjetunion, deren bedeutendster Träger der weithin bekannte Priester war. Dudko hatte in seiner Pfarrei von Grebnowo, einem Ort unweit von Moskau, wohin er wegen seines großen Einflusses auf die Jugend und die Intelligenz aus der Hauptstadt versetzt worden war, Tausende zum Glauben geführt; die meisten von ihnen stammten aus dem typischen sowjetisch-atheistischen Milieu, gehörten dem kommunistischen Jugendverband Komsomol an oder waren bereits in höheren sozialen Stellungen. Längst ging es den Machthabern nicht mehr um die Kreuze am Hals moderner sowjetischer Jugendlicher, sondern um die zahlreicher werdenden Taufen. Im Juli 1979 wurden an einem einzigen Sonntag in der Alexander-Newski-Kathedrale in Leningrad über hundert Kinder getauft, und die dortigen Geistlichen versicherten, daß das an jedem Sonntag in allen 14 Kirchen von Leningrad so sei. Da geht es um die kirchlichen Trauungen von Komsomolzen, die überhandnehmen, und um den Andrang zu den Priesterseminaren. (In Leningrad muß jeder dritte Bewerber wegen Platzmangels abgewiesen werden. Die meisten haben ein Studium hinter sich und fanden vom Atheismus zum Glauben.)

Diese aus unserer Sicht völlig *unpolitische Entwicklung* stellt aber für den Sowjetstaat ein Politikum erster Ordnung dar. Seine Ideologie basiert auf dem Marxismus-Leninismus, ohne den auch das ideologische Fundament der Wirtschaft und Gesellschaft ins Wanken geriete und der seinerseits ohne materialistisch-atheistische Grundlage in sich zusammenfiel. Ein immer weiter um sich greifender öffentlicher Abfall von diesem staatlich befohlenen (wenn auch innerlich kaum noch bejahten) Glaubensbekenntnis wird als bedrohliche Erscheinung im Sinne einer „Konterrevolution“ angesehen.

Daher wurden die meisten Verhafteten aus den Reihen der orthodoxen Christen auch nach Artikel 70 des Strafgesetzbuches der RSFSR (russische Teilrepublik), d.h. wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“, angeklagt – ebenso wie die meisten Bürgerrechtler. Die Höchststrafe hierfür beträgt sieben Jahre Arbeitslager und fünf Jahre Verbannung. Sie wurde im Falle von Jakunin auf fünf Jahre verschärften Lagers und fünf Jahre Verbannung reduziert. Unmittelbar nach ihm stand sein Freund, der Physiker *Lew Regelson*, vor Gericht. Bei Redaktionsschluß stand das Urteil gegen ihn noch nicht fest. Regelson hatte zusammen mit Jakunin den denkwürdigen Brief an die Fünfte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1975 in Nairobi verfaßt, in dem die Autoren baten, die Weltöffentlichkeit über die bedrängte Lage der russisch-orthodoxen Kirche aufzuklären, wobei sie dem Schreiben einen ausführlichen Bericht über diese Lage beifügten. Der Brief hatte seinerzeit weltweites Aufsehen erregt und war ein Hauptverhandlungspunkt im Prozeß gegen Jakunin. Aber auch der Sekretär des Christlichen Komitees, *Viktor Kapitantschuk*, wird demnächst vor Gericht gestellt werden, so daß die Hauptpersonen, die sich für die Rechte der Gläubigen engagiert hatten, zunächst einmal für etwa zehn Jahre ausgeschaltet sein dürften. Damit ist aber die Arbeit des Komitees nicht beendet worden. Es wuchsen bisher mehr Köpfe nach als abgeschlagen wurden. Die Leitung des Komitees

ging unmittelbar nach Jakunins Verhaftung in die Hände des orthodoxen Priesters *Nikolaj Gajnow* über. Außerdem schlossen sich weitere Geistliche der Gemeinschaft an, die ihre Namen aus Sicherheitsgründen vorerst nicht bekanntgegeben haben. Ganz offen hingegen trat dem Komitee vor etwa einem Jahr der Dozent an der Geistlichen Akademie von Zagorsk, Professor *Wasilij Fontschenkow*, bei. Bemerkenswerterweise ist er bisher vom Moskauer Patriarchat deswegen noch nicht suspendiert worden, woraus wohl geschlossen werden darf, daß man in diesem Gremium dem Komitee nicht grundsätzlich negativ gegenübersteht, wenn auch einige Vertreter des Moskauer Patriarchats im Zusammenhang mit dem Nairobi-Brief belastend gegen Jakunin vor Gericht ausgesagt haben.

Aber nicht nur das Moskauer Komitee ist derzeit Angriffspunkt für die sowjetischen Behörden, sondern auch das *Katholische Komitee für die Verteidigung der Rechte der Gläubigen*, das am 13. November 1978 von fünf litauischen Priestern in Moskau gegründet wurde und seither eng mit dem Christlichen Komitee zusammenwirkt. Es arbeitet in der Hauptsache in Litauen, konstituierte sich jedoch in der sowjetischen Hauptstadt, da es in Litauen keine ausländischen Korrespondenten gibt und die westliche Öffentlichkeit von der Gründung informiert werden sollte. Noch am Gründungstag baten die Geistlichen Papst Johannes Paul II. um seine Schirmherrschaft. In den folgenden Monaten publizierten sie eine Reihe von Dokumenten, in denen die Verletzungen der Religionsfreiheit angeprangert wurden, und initiierten im Frühjahr 1979 eine Unterschriftenaktion unter dem litauischen Klerus mit dem Resultat, daß 522 von insgesamt 708 litauischen Priestern eine Resolution unterzeichneten, derzufolge sie die sowjetischen Gesetze nicht mehr befolgen würden, soweit sie den Gesetzen der Kirche widersprechen. Seither wächst die Zahl der Geistlichen, die offen Religionsunterricht erteilen; daß Jungen bei der Messe dienen, Kinder im Kirchenchor singen und an Prozessionen teilnehmen, ist in der ge-

samten Sowjetunion zwar strengstens verboten, in Litauen heute aber eine Selbstverständlichkeit. Wieweit das Priesterkomitee auch an der Unterschriftenaktion zur Wiedereröffnung der katholischen Kirche von Klaipeda (Memel) beteiligt war, ist unbekannt. Jedenfalls wurden die Behörden 1979 mit der Tatsache konfrontiert, daß nahezu 150 000 Gläubige die Bittschrift unterzeichneten – etwa so viele Personen, wie Memel heute Einwohner zählt, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß auch aus anderen Teilen des Landes Unterschriften eingegangen waren.

Offenbar waren diese Aktivitäten der litauischen Katholiken mehr, als die sowjetischen Behörden ertragen konnten. Im April dieses Jahres begannen zunächst strenge Haussuchungen bei den beteiligten Priestern. Mitte Juni wurde einer von ihnen, Pfarrer *Sigitas Tamkevicius*, verhaftet und wartet in einem Wilnaer Gefängnis auf seinen Prozeß. Aber auch katholische Laien waren in Litauen Opfer der neuen Verfolgungswelle, die hier später als in der RSFSR einsetzte. Hier wie dort wird aber der eigentliche Erfolg ausbleiben, denn schon bei der Gründung des Katholischen Komitees erklärten die Priester, daß bei etwaigen Verhaftungen genügend Nachfolger bereitstünden – eine Aussage, die

glaubhaft ist, wenn man bedenkt, daß drei Viertel aller litauischen Geistlichen die Erklärung des Komitees zur Nichtbefolgung der sowjetischen Gesetze unterschrieben haben.

Die Sowjetregierung will offensichtlich vor Beginn der Madrider KSZE-Folgekonferenz im November dieses Jahres das gesamte Dissidentenproblem vom Tisch haben. Eine etwaige nachträgliche Verurteilung durch die westlichen Staaten dürfte sie dann kaum noch erschüttern. Dennoch müßte eine solche Verurteilung schon deswegen erfolgen, um kommenden Aktionen wie diesen zwischen der Belgrader und der Madrider Konferenz entgegenzuwirken. Eine entsprechende Verlautbarung veröffentlichte das britische Außenministerium einen Tag nach der Urteilsverkündung gegen Jakunin: Dieses Urteil und der Prozeß gegen Tatjana Welikanowa „bestärken unsere Ansicht, daß eine Untersuchung über die Anwendung der auch von der UdSSR unterzeichneten Schlußakte von Helsinki in der Sowjetunion bei der nächsten Konferenz in Madrid notwendig ist“, erklärte der Sprecher des Ministeriums. Denn hierin dürfte die Sowjetunion einem Irrtum unterliegen: das Problem der christlichen Renaissance läßt sich nicht durch die Verurteilung einiger „Anführer“ erledigen. D. T.

Guatemala: Kirchenverfolgung in politischer Krisensituation

In keinem anderen Land Lateinamerikas, das im Bürgerkrieg lebende El Salvador eingeschlossen, haben sich politische Gewalttätigkeit, Terror und Repression in diesem Jahr so ungehindert ausbreiten können wie in Guatemala. Allein von Januar bis Juni sind nach Auskunft der guatemalteki-schen „Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden“ mindestens 4000 Menschen politischen Attentaten zum Opfer gefallen. Im Kampf gegen die „kommunistische Subversion“, zu der das Regime des Generals *Romeo Lucas García* sowohl die legalen oppositionellen Kräfte wie auch die sich im Untergrund formierenden Guerilla-

Gruppen (darunter die „Guerilla-Armee der Armen EGP“, „Bewaffnete Revolutionskräfte FAR“, „Revolutionäre Organisation des bewaffneten Volkes ORPA“) zählt, stützt sich die Regierung auf Armee, Polizei und schlagkräftige paramilitärische Geheimbünde rechtsextremistischer Prägung („Geheime antikommunistische Armee ESA“, „Weiße Hand“, „Todeschwadron“).

Ebenso erschreckend wie das Faktum und das Ausmaß der Gewalttaten in dem mittelamerikanischen Land ist jedoch für ausländische Beobachter die öffentliche und die allgemeine Reaktion auf den alltäglichen Terror. Of-